Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 12 (1932-1933)

Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sucher Andrei. Die Berzweiflung bes halt- und glaubenslos gewordenen gegenwärtigen Menschen bricht auf und klagt an. Und aus Not und Untergang schreitet gütig, hilfreich und selbstsicher der Gottsucher einer neuen Aufunft entgegen.

Politische Kundschau

Schweizerische Umschau.

Unruhen in Genf. / Front der Jugend.

Die Probleme ber schweizerischen Innenpolitik erregen in unserm Lande die Gemüter weit weniger, als dies im Hinblick auf die zahlreichen Wahl- und Abstimmungstage und den großen Kreis der an politischen Entscheidungen unmittels bar Beteiligten zu erwarten wäre. Unsere Innenpolitik ist kein Spiel der großen Einsäte. Gewinn- und Verlustmöglichkeiten sind beschränkt, und das nur sehr langsam sich wandelnde Kräfteverhältnis der Parteien bringt es mit sich, daß eine grundsätliche Umgestaltung unseres Staatswesens nach der einen oder anderen Richtung beinahe ausgeschlossen scheint. Fast möchte man glauben, es werde nach unveränderlichen Spielregeln noch auf unabsehdare Zeiten so weitergehen.

Dieses Bild steht in einem ungeheuren Gegensate zu jenem, das alle unsere Rachbarstaaten, mit Ausnahme von Frankreich vielleicht, dem Beschauer bieten. Aberall wird mit leidenschaftlichen Einsätzen um die innere, zum Teil auch um die äußere Neugestaltung des Staates gerungen. Uns jedoch gab der Wohlstand sette Ruhe. Grundsätliche Auseinandersetzungen sehlten. Endlich hat uns die Krise in dieser Ruhe etwas aufgescheucht. Es mehren sich die Zeichen dafür, daß es mit der Zeit einer starren innenpolitischen Nechanik bald zu Ende sei.

Vor einem Jahr, am 6. Dezember 1931, ereignete es sich, daß das Volk in der Abstimmung über die Alters- und Hinterbliebenenversicherung die Berechnungen und Kartenhäuser seiner Politiker ganz unerwartet zerschlug. Das Volk besand sich gegenüber den Parteien in einer "negativen Mehrheit". Es wolkte nicht, was seine Politiker wolkten. Das wußte man, doch nicht mehr. Noch blieb es verborgen, ob der in der erwähnten Abstimmung zu Tage getretene Gegensat nur der einen Vorlage galt oder ob sich dahinter nicht ein viel umfassenderer Gegensat zwischen bem Volke und der herrschenden politischen Ordnung verbirgt?

Die letten Wochen gaben beachtenswerte Ausschlüsse in dieser Hinsicht. Die scheinbar glatte Obersläche unserer Innenpolitik ist an verschiedenen Orten plötzlich durchbrochen worden. Für kurze Zeit war der Blick in die Tiese, auf die im Bolkskörper gärenden Kräfte frei. Es geschah das nicht in den Ratssälen, noch in einem andern durch Gesetz und Versassung sanktioniertem offiziellen Rahmen, sondern außerhalb derselben, in spontanen Kundgebungen, in der Besetzung der Rheinbrücken durch die erwerdslosen Lohnsticker im Oktober, in einer Landszemeinde der schweizerischen Jugend in Bern und in dem blutigen Straßenkrawall in Genf.

Der Berlauf der Unruhen in Genfist bekannt. Die Auswiegler sind durch die Untersuchung ermittelt worden und harren der gerichtlichen Aburteilung. Darüber sind hier keine Worte zu verlieren, ebensowenig über das dringliche

Problem der Organisation einer allen Anforderungen genügenden Polizeitruppe. Bedeutsamer als all das scheint uns heute, daß das schweizerische Bolk die postitische Aufgabe erkennt, die ihm seit Jahrzehnten gestellt ist und die durch die Genfer Unruhen blitartig erhellt, aber immer noch nicht gelöst worden ist. In Genf hat es sich erneut gezeigt, daß es ein in sich geeinigtes, die ganze Bevölkerung umfassendes schweizerisches Bolk nicht mehr gibt. Die schweizerische sozials demokratische und die kommunistische Partei haben bei dieser Gelegenheit offen gegen Bolk und Staat Stellung genommen. Das geschieht nicht zum ersten Male. Uhnliches ereignete sich im November 1918 und 1919. Die Parallele mit jenen Ereignissen ist so augenfällig, daß die Frage sich sofort ausdrängt, ob denn in den 14 seither vergangenen Jahren nichts geschehen sei, um der Wiederkehr solcher Resvolten zu steuern?

Gestehen wir es uns nur ein: Es ist nichts geschehen, zum mindesten nichts Durchgreisendes! Die beliebte Politik der kleinen Mittel hat kläglich versagt. Als die Unruhen in den Jahren 1918 und 1919 dank der entschlossenen Haltung des Bundesrates und der in Zürich unter dem Rommando von Oberstdivisionär Sonderegger intervenierenden Truppen unterdrückt worden waren, sehlte es nicht an einsichtigen Männern, die darauf hinwiesen, daß es mit der Anwendung von Machtmitteln auf die Dauer nicht getan sei, wenn es nicht zugleich gelinge, durch eine grundsähliche Wandlung der bürgerlichen Politik der marristischen Propaganda den Boden zu entziehen. Versprechungen ergingen in Fülle. Aber in den solgenden Jahren der Hochkonjunktur wurden diese Mahnungen über den guten Geschäften sehr bald vergessen. Und wo man zur Tat schreiten wollte, zeigte es sich bald, daß die verfügbaren Mittel (Sozialpolitik!) der Aufgabe nicht genügten. So blieb denn alles beim alten; die Gegensäße aber haben sich seither noch wesentlich vertiest!

Der Margismus hat die 14 Sahre bürgerlicher Untätigkeit gut genütt. Wohl ichien es einige Zeit, als ob seine Kraft burch die Spaltung in Kommunisten und Sozialbemofraten gebrochen mare. Aber bie Soffnungen auf die endgultige Berburgerlichung ber Sozialbemokratie erfüllten sich nicht. Trop aller Zwiftigfeiten haben die feindlichen Brüber, Rommuniften und Sozialbemokraten, ben gemeinfamen Feind nie vergeffen. Die Genfer Unruhen liefern bafür ben augenfälligften Beweis. Noch vor wenigen Monaten hatte die schweizerische sozialbemotratische Breffe ihrem Genoffen Ricole in Genf beinahe Berrat vorgeworfen, ba er fich nach ihrer Meinung allzu fehr tommuniftischen Methoben berfchrieben hatte; als er jeboch balb barauf die blutigen Früchte seiner Politit erntete, da regnete es Solibaritätskundgebungen und aller Zwiespalt ichien vergeffen. Die Bieberannäherung von Sozialbemofraten und Rommunisten beruht ebensowenig auf Aufälligkeiten, wie ihre einstige Trennung. Bur Beit ber Trennung hatte bie Sozialbemokratie in Deutschland und anbern Banbern bie Macht an sich geriffen, ber Rommunismus aber war im wefentlichen auf Rugland zurudgeworfen worden. Damals fühlte die Sozialbemokratie sich ftart und die Kommunisten waren für sie auf bem Bege zur Macht nur ein hinbernis. heute sieht sich bie Sozials bemokratie auf ber ganzen Belt burch bie neuerstandenen nationalen Bewegungen bebroht. Sie hat die Stoffraft bes folgerichtigeren und radikaleren Rommunismus nötig. Unnäherungsversuche zwischen ber II. und III. Internationale finden baber auf der gangen Linie statt. In unserm Lande tritt bas, abgesehen von Genf, heute in ber "Berner Tagwacht", bem Organ Grimms, am ftartften in Erscheinung. Gifrig fest man fich bort für die "proletarische Ginheitsfront" ein. Aber auch bei ben Burcher Benoffen ift diese Tendeng vertreten, obschon ihr Rudfichten auf die rote Stadtverwaltung einen Dampfer auffegen. Rur die "Bolfsftimme" in St. Gallen blieb bem gemäßigten Rurse treu. Doch ware es verfehlt, auf diese sozialbemofratische "Rechtsopposition" ober gar auf die religiösen Sozialisten um Brof. Ragaz und den "Aufbau"-Areis Hoffnungen zu seben. Es ist zwax ein "evolutionärer" und kein revolutionärer Sozialismus, den fie verkunden, in ihrer antinationalen haltung unterscheiden fie sich aber vom revolutionären Flügel keineswegs.

Das Gift ber mit Kriegsende erneut einsetzenden klassenkämpferischen, antinationalen Propaganda ist tief in unser Bolt eingebrungen. Es zehrt am Mark. Es gibt heute eine Schicht Menschen in ber Schweiz, und fie ift nicht gering, für die das Wort Eidgenoffe eine Schmach bedeutet und die in grenzenlofer Berblendung nichts anderes mehr sieht und tennt als die Diktatur bes Proletariates, die sie als Ergebnis ber gegenwärtigen Krise gläubig erwartet. Das ist die bittere Wahrheit über unfern gegenwärtigen Zustand, die gerade in bürgerlichen Kreisen immer wieber verkannt wird. Darauf muß in einer Zeitschrift, die um das Schicksal unferes Bolkes besorgt ift, immer wieder hingewiesen werden. Wir haben diese Wahrheit nicht aus Zeitungsberichten. In Arbeiterversammlungen und Arbeiterquartieren haben wir sie nach den Vorfällen in Genf vielfach persönlich erfahren. Der Bustand ift gefährlich. Ein innerlich zerriffenes Bolt ift außenpolitischem Drucke nicht mehr gewachsen, wenn es auf die Probe gestellt wird. Man exinnere sich bes Jahres 1798! Aber auch innenpolitisch stehen uns schwerwiegende, ja wahrscheinlich weitere und noch blutigere Auseinandersetzungen bevor, wenn es nicht zu einer grundfäplichen Bandlung, zu einer Wiedervereinigung ber vom Bolte losgelöften Maffen mit ben übrigen Ständen tommt.

Ber aber wird unserm Volke biese Bandlung bringen? Eine Schwenkung ber margiftischen Parteien erscheint nach ben Erfahrungen ber letten Jahrzehnte ebenso ausgeschlossen, wie ein erfolgreicher Einbruch der alten bürgerlichen Barteien in die rote Front. Die Lage wäre hoffnungslos, hatte uns nicht eine andere Begebenheit gezeigt, daß die notwendige Wandlung sich in den jüngsten Schichten unseres Volkes selbst vorbereitet. Unsere Hoffnung gilt der Front der Jugend, die in der auf ben 29. und 30. Ottober von ber "Neuen Belvetischen Gesellschaft" nach Bern einberufenen "Landsgemeinde der Schweizer Jugend" erstmals klar in ihrer ganzen umfassenden Breite zum Ausdruck tam. Die junge Generation, die in der Kriegs= und Rachtriegszeit ihre bestimmenden Eindrude empfing und bem Beifte ber Borfriegszeit sich nicht mehr verpflichtet fühlt, tam an dieser Tagung zusammen. Die Einladung war an alle ergangen, die "besorgt sind um die Zukunft unseres Landes". Bertreten waren die "Liberale Jugend der Schweiz", der "Schweizerische Stubentenverein" (ber umfassende Berband ber fatholischen Atademiterschaft unseres Landes), die "Neue Front", die waadtländische nationale Bereinigung "Ordre et Tradition" und eine Reihe lokaler Gruppen, vor allem aus der welschen Schweiz. Leider fehlten bäuerliche und sozialistische Gruppen. "Das große Erlebnis der Berner Tagung," so schreibt ein Teilnehmer im "Zürcher Stubent", "war bie Rundgebung bes leidenschaftlichen Willens ber jungen Beneration, aus ber Stagnation unseres politischen Lebens und aus der Berkrampfung der Gegensäte herauszukommen. Es ging babei nicht nur um die Frage ber Neugestaltung von Staat und Wirtschaft, wie das Thema lautete, sondern um mehr: um die Erneuerung von Staat und Gesellschaft schlechthin." Die junge Generation begnügte fich nicht mit iconen Reden. Der Weg, auf bem bie verschiedensten Richtungen gemeinsam ben Neubau bes Staates zu verwirklichen hoffen, wurde beutlich gewiesen. "Reue Front", Ratholiken und Beliche trafen fich im Bekenntnis gur korporativen Ordnung. Die "Jungliberalen" waren trot ihrer Opposition gegen ben Ständestaat gar nicht so weit von ihm entfernt. Dogmatisch betrachtet hatten ihre Vorschläge mit "Liberalismus" herzlich wenig mehr zu tun, denn auch sie wollten durch die Institution eines besonderen Wirtschaftsrates die getrennte Behandlung von wirtschaftlichen und politischen Fragen versuchen, um also die Politik von den Fesseln ber Birtichaft zu befreien und Raum für ben ftarten Staat zu ichaffen. Bohl erinnerte ihr Beftreben, Neuland zu erreichen, ohne ben alten Boden zu verlaffen, noch fehr an die beliebte Rompromigpolitit ber alten Parteien, sodaß bas "Berner

Tagblatt" in einer geistreichen Berichterstattung wohl mit Recht die "Alten Jungsliberalen" von den übrigen Gruppen der "Neuen" schied. Die "Neuen" waren ins dessen der Mehrheit. Niemand konnte sich daher dem Eindrucke entziehen, daß heute ein junges Geschlecht heranwächst, das in vielen Dingen ganz andere Wege beschreiten wird, als seine Bäter.

Das verschiedene Gesicht ber jungen und alten Generation hat manchenorts bereits neue politische Gruppen auf ben Blan gerufen, die auch in unserm Lande, außerhalb der offiziellen Parteien, wie Bilze aus dem Boden schießen. Deutlich aber zeigt sich der Gegensat der Generationen auch dort, wo er innerhalb einer machtigen Partei, wie beispielsweise ber tatholisch-tonservativen, zum Ausbruck tommt. Gerade dort fällt es auf, welch bedeutsame Wandlungen innerhalb der schweizerischen Politik davon in den nächsten Jahren zu erwarten sind. Die Wirtschafts- und Sozialpolitif ber tatholisch-tonservativen Partei war mahrend Jahrzehnten burchaus liberal. (Hadhofer hat bas in ber Schweizerischen Rundschau schon im August 1931 überzeugend nachgewiesen.) Ihr Gegensatz zu ben übrigen burgerlichen Parteien war rein tonfessionell bedingt. Der junge Ratholigismus, bor allem die führende geistige Schicht, wie sie in Bern durch den "Schweizerischen Studentenverein" vertreten war oder in der "Schweizerischen Rundschau" zur Sprache tommt, bekennt sich heute zur ständisch-korporativen Gesellschaftsordnung. Sie stütt ihr Bekenntnis auf bas an Pfingften 1931 erlaffene papftliche Runbschreiben "Quadragesimo anno". Tausende von jungen Menschen werden durch den Klerus in diesem Geiste erzogen. Taufende, die außerhalb des tatholischen Lagers stehen, streben demselben Riele zu, in ber überzeugung, daß alleine eine ständische Glieberung Chaos und Bermaffung ber Gegenwart zu überwinden vermag. Diese Entwicklung wird ein allmähliches Ausscheiben der tatholisch-konservativen Partei aus der liberal-bürgerlichen Front in allen Fragen der Gesellichaft und Wirtschaftsordnung notwendig zur Folge haben. Es ift dies unvermeidlich, wenn fich die Partei nicht in Gegensat zur Rirche felber ftellen will. Bundesrat Muins Betenntnis zur forporativen Ordnung in ber letten Bundesversammlung wurde hier bereits registriert. Es ift ein beutlicher Fingergeig. Aber auch bas Botum von Dr. Lorenz, eines maggebenben Mitarbeiters unferes Boltswirtichaftsbepartementes und Berfassers ber Schrift "Rorporativer Aufbau", in der fürglich einberufenen schweizerischen Wirtschaftstonfereng erhellt biefe Entwicklung.

Gleichzeitig löst sich auch die Bauernpartei immer stärker aus der liberalen Front, da die bäuerliche Wirtschaftspolitik sich mit den liberal-freihändlerischen Prinzipien schlechterdings nicht mehr verträgt. Bor kurzem hat der bekannte Bauernsührer, Prof. Laur, das Werden einer "antikapitalistischen Bolksdewegung" angestündigt. Sie hat in der beschriebenen, durchaus antimarristischen Form, nicht nur die Jugend und die oben erwähnten Parteien, sondern wohl schon breitere Bolksschichten ergriffen. Das Verständnis dafür, daß die Belange der Bolkswirtschaft dem Gewinnstreben der Einzelnen vorgehen müssen, ist für viele schon Gemeins gut geworden. Die erfolgreiche Besehung der Rheinbrücken durch die erwerdslosen Lohnsticker dietet dafür ein anschauliches Beispiel. Ausstände für Klasseninteressen hat es immer gegeben. Erhebungen zu Gunsten einer wahrhaft nationalen Wirtschaft, das ist etwas ganz neues! Und wenn es auch die Not einer ganz bestimmten Klasse war, die die Leute zur Tat schreiten ließ, so bleibt es doch bemerkenswert, daß sie sich nicht mehr der internationalen, marristischen Heilslehre anvertrauten, sondern eine neue Losung ausgaben: Nationalwirtschaft, Bolksgemeinschaft!

Das aber ist der Weg, den auch die junge Generation in Bern verfolgte. Sie weiß, daß an eine Wiedervereinigung unseres zerrissenen Volkes und an eine Aber-windung des klassenkämpserischen Marxismus nur zu denken ist, wenn sie der Ar-beiterschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bieten kann, die nicht nur dem Einzelnen, sondern ebenso auch der Gemeinschaft, d. h. dem Bolke dient. Darum

möchte sie Liberalismus und Marxismus, These und Antithese überwinden und durch das Mittel der korporativen Ordnung auf nationaler Grundlage eine neue Spnthese schaffen.

Unser Volk ist heute durch den Klassenkampf in seiner Existenz bedroht. In Genf platte die Eiterbeule. Wir bedauern es nicht. Jett, da die Krankheit allen sichtbar ist, regen sich neue Kräfte, und aus dem Volke selbst wächst die Bewegung, die berusen ist, uns die nationale Erneuerung zu bringen.

Bürich, den 29. November 1932.

Robert Tobler.

Zur politischen Lage.

Deutsch-französisches Gespräch. / Der Berriot-Plan. / Krantes Europa.

Die Entwidlung des Berhältniffes zwifden Deutschland und Frantreich, bas nach wie vor die Achse ist, um welche die europäische Politik freist, ist in ein neues Stadium eingetreten. Wie erinnerlich, schlug bas Rabinett Bapen in Deutschland bald nach seiner Ginsetzung durch ben Reichspräsidenten gegenüber dem westlichen Nachbar eine ziemlich scharfe Tonart an. Neben Bapen war es insbesondere General von Schleicher, die politisch bedeutsamste Personlichkeit des Rabinetts, der sich zum Wortführer der neuen Richtung machte und in mehreren Reben keinen Zweifel darüber aufkommen ließ, daß die Zeit endlosen Sin- und herredens vorbei fei und die Grundfragen des Berhältniffes Deutschland-Frankreich mit nüchternem Berstand auf die eine oder andere Art gelöst werden müßten. Als hauptforderung Deutschlands wurde von Anfang an bas Problem der militärischen Bleichberechtigung in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt. Es mag unerörtert bleiben, ob die außenpolitische Tätigkeit des Rabinetts Bapen vorwiegend auf tattifche Überlegungen innerpolitischer Natur gurudzuführen ift. Befentlich ift, bağ der Vorstoß gegen den Vertrag von Versailles sogleich eine Reihe schwerwiegenofter Fragen aufwarf, die im Lauf ber letten Monate Gegenstand unendlicher Spannungen, Besprechungen, Roten, Soffnungen und Befürchtungen waren. Europa steht heute vollständig unter dem Bann des deutsch-französischen Zwiegesprächs. Es geht im Grunde genommen barum, ob es gelingt, die Spannung zwischen den beiden Schicksalsmächten unseres Kontinents auf eine wirklich großzügige Art und Beije zu lösen, ober ob der Faden der Berftandigung entgültig abreißen und dadurch Europa in neue furchtbare Wirren hineingetrieben wird. Die Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich erweist sich heute beutlicher als je als die eigentliche Schickfalsfrage Europas.

Die deutsche Gleichberechtigungsforder ung war an der Konserenz von Lausanne vom deutschen Reichskanzler erstmals offiziell in die Debatte geworfen worden, ohne jedoch im Augenblick weiter verfolgt werden zu können. Sie wurde brennend, als Deutschland auf der Abrüstungskonserenz erklärte, sich so lange von den Konserenzarbeiten zurückzuziehen, dis seine Gleichberechtigung von der Gegenseite anerkannt sei. Dies war der entscheidende Schritt. Es folgte die Note Englands, die eine in leicht schulmeisterlichem Ton vorgetragene Zurechtzweisung Deutschlands enthielt, neue deutsche Erklärungen, die am einmal bezogenen Standpunkt sesthielten, französische Gegenerklärungen und dergleichen mehr. Auch Stimmen von dritter Seite mischten sich in die Diskussion. So erklärte Lloyd George, auf dessen hauptsächlichstes Betreiben hin seinerzeit Deutschland zu seiner Reichswehr kam: "Ich nehme keinen Anstoß, mir die deutsche Ausschlanz zu eigen zu machen, die dahin geht, daß die Siegernationen schamlos die Treue in der Küstungsfrage gebrochen haben." Und der konservative englische Journalist Garvin

schrieb im "Observer": "Wir unterstüßen mit Herz und Wille die einstimmige, unsabänderliche und gerechte Forderung des deutschen Bolkes auf militärische Gleichs berechtigung und Sicherheit." Auch Mussolini erklärte sich in seiner großen Turiner Rede anläßlich der Zehnjahresseier des Faschismus für die deutsche Gleichberechstigung, sodaß Frankreich sich dem von allen Seiten einsehenden moralischen Druck nicht mehr länger entziehen konnte, sondern eine neue Stellung beziehen mußte, wenn es nicht Gesahr laufen wollte, in eine bedenkliche Jolierung hineinzugeraten.

Diese neue Position wurde mit dem Herriot=Plan bezogen. Bon den einen als neuerliche Kundgebung des französischen Friedenswillens begrüßt und gespriesen, von den andern als neuer Bersuch zur Aufrechterhaltung der französischen Hegemonie abgelehnt, steht der Plan heute im Mittelpunkt der europäischen Disstussion. Er stellt eine Weiterentwicklung der dem Europa-Projekt Briands von 1929 und dem Tardieu-Plan vom Februar 1932 zu Grunde liegenden Idee dar, bedeutet jedoch insosern einen Fortschritt gegenüber allen disherigen Versuchen zur Organizierung Europas, als in ihm — wenn auch unter sehr starken Einschränstungen — die grundsähliche Gleichberechtigung der im Weltkrieg besiegten Nationen mit den siegreichen anerkannt wird. Der Herriot-Plan sieht die Möglichkeit einer stusenweisen Angleichung des Küstungsniveaus der beiden Staatengruppen vor. Als Weg dazu ist die allmähliche Vereinheitlichung der kontinentalen Wehrspsteme, die Schaffung von Garantieabkommen, die Verfügung des Völkerbundes über geswisse militärische Formationen 2c. projektiert.

Bei aller Anerkennung der französischen Bemühung darf nicht übersehen wer= den, daß das Grundmotiv des Herriot-Planes die Sicherheit, b. h. die frangösische Sicherheit bleibt. Unter diesem Besichtspunkt ift es verständlich, daß bas Projekt in Deutschland als Plan zur politischen Organisierung Europas nach französischen Gesichtspunkten, nicht aber als Abrüstungsplan aufgefaßt wird. Man befürchtet, daß der Plan im Grunde auf die Sicherung des Status quo hinauslaufe, was sich namentlich in schweren Bedenken gegen einen europäischen Nicht= angriffspatt äußert, durch welchen die politische Segemonie Frankreichs verewigt und das französische Bundnissystem in Form eines Systemes des Bölkerbundes sanktioniert murbe. Die frangofischen Außerungen über ben Blan laffen benn auch feinen Zweifel darüber auftommen, daß die Organisation der Sicherheit Frantreichs die erste und unentbehrliche Borbedingung jeder Abruftungsbeschränkung und jeder Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands ift und bleibt. Benn "Organisation ber Sicherheit" Errichtung eines Systems gegenseitiger Allianzen und militärischer Bindungen bedeutet, die einzig und allein geschaffen werden, um bie europäische "Ruhe" im Sinne eines weiteren und unveränderlichen Fortbestandes bes Berfailler Bertrages zu garantieren, dann allerdings bedeutet der Berriot-Blan keinen Fortschritt, sondern einen weiteren Bersuch mit untauglichen Mitteln zur Aberwindung eines Spannungszustandes, der nur durch eine umfassende Neuordnung der politischen Berhältniffe Europas gelöft werden fann. Rein Bunder, daß ber Plan Frankreichs in der nationalistischen Presse Deutschlands äußerstem Argwohn begegnet. Allein selbst Blätter, die stets einer deutsch-frangosischen Berftanbigung bas Bort rebeten, außern fich gurudhaltend. Go ichreibt bie "Frantfurter Beitung": "Wie immer, wenn Frankreich mit seiner Politik gegenüber Deutschland das Richtige tut, geschieht es zu spät... Frankreich hat sich weder gegenüber den von höchstem Verantwortungsgefühl getragenen Beschwörungen eines Brüning, noch ben biplomatischen Bemühungen eines v. Papen in Laufanne zugänglich gezeigt, erft als Deutschland die Tur gutnallte und mit scharfer Stimme verfündete, seinen Weg gehen zu wollen, war plöglich alles möglich: die Gleichberechtigung kommt und die allgemeine Wehrpflicht obendrein." Es hat in der Tat den Anschein, als ob ber psichologische Moment, in dem der Herriot-Blan befreiend gewirkt hatte, verpaßt sei.

Bei Beurteilung der Ginftellung Deutschlands gegenüber Frankreich barf nie außer Acht gelassen werden, welch ungeheures Ressentiment die französische Nachfriegspolitik im deutschen Bolk hinterlassen hat, ein Ressentiment, das zwangs= läufig den nationalistischen und militaristischen Geist in Deutschland wieder aufleben ließ, den Frankreich mit dem Frieden von Berjailles endgültig ausgerottet zu haben glaubte. Darin lag wohl ber Grundirrtum Frankreichs, daß es meinte, burch Macht einen Zustand verewigen zu können, der nur burch täglich neue Bewährung der inneren Stärke des fiegreichen Bolkes aufrecht erhalten werden kann. Frankreich fühlt sich beunruhigt durch die elementaren und heute noch chaotischen Kräfte, die in Deutschland ans Licht drängen. Und nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo. Das manchmal geradezu frankhaft anmutende französische Sicherheitsbedürfnis läßt fich letten Endes nur aus einem inneren Gefühl der Angft beraus erffaren, einer Angft, die fich nicht nur auf das politische Gebiet erftreckt. "Frankreich konfrontiert sich," schreibt Sieburg, "seinen unermeglichen kulturellen Reichtum überblickend, feine geschichtlichen Rrafte prufend, mit der Begenwart, es fieht die Sturmflut einer neuen Belt ringsum fteigen, und anstatt Belle im Meere zu werden, entschließt es sich, lieber eine Arche zu sein, Fenster und Turen zu verrammeln, um dann auf bem Felfen ber Ewigkeit ans Trockene gu gerraten." "Es leidet unter den schöpferischen Atten anderer Bolfer, die es als Berstörungsversuch, als Bedrohung seiner Dauer auffaßt. Wie ift es möglich, fo jammert es, daß die übrige Welt über unsere Zivilisationsidee hinweg zur Tagesordnung übergehen will!" "Frankreich versteht die Zeichen der Zeit nicht. Es fühlt feine zivilisatorische Suprematie schwanten, es fühlt, daß die Bolfer ihm längst entglitten find, und glaubt, feine nationale Form ftebe auf bem Spiele. Es bleibt fich felbst treu in der überzeugung, daß diese Form für alle gelten muffe. Bas seit 1918 geschehen ist, was sich zögernd aber eindeutig als Zukunft logringt, das bebeutet ihm nur das eine: Bedrohung. Armes Frankreich, das fich mit dem Schild ber Friedensverträge gegen die Zufunft schüten will!"

Auf diesem tieseren Hintergrund will die französische Nachkriegspolitik beträchtet sein. Auf ihm erscheint der Herriot-Plan als ein weiteres Glied in der unendlichen Kette der Versuche, die 1919 geschaffene politische Ordnung Europas auch unter veränderten Verhältnissen aufrecht zu erhalten. Und doch kann sie auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden, ohne Europa als Ganzes nicht im Innersten zu gefährden! Vom Standpunkt Frankreichs aus ist seine Sicherheitssorderung verständlich. Es sühlt sich als Träger einer bestimmten Zivilisationssidee, deren Gegenpol in nahezu reiner Form Deutschland verkörpert. Aber das entgegengesetzte Prinzip kann auf die Dauer nicht unten gehalten werden. Nicht eine Idee als solche entscheidet letzten Endes über den Fortbestand einer bestimmten Ordnung, sondern die Krast des Blutes, die in ihrem Träger wohnt.

Die Berwirklichung des Herriot-Planes wird wesentlich von der Einstellung Deutschlands abhängen, und diese hinwiederum ist bedingt durch die Regierung, welche in Deutschland die auswärtige Politik macht. Immer noch bildet die nationals sozialistische Partei einen Faktor, der außerhalb der Berantwortung steht und ein beständiges Moment der Unsücherheit ist, das eine starke und geschlossene Bertretung der deutschen Interessen nach außen erschwert. Bon dieser Erkenntnis ging Papen aus, als er nach den Reichstagswahlen vom 6. November sich an Hitler wandte und sich neuerdings um dessen Mitarbeit bemühte. Als Hitler Borbehalte machte, wurde das alte, seit der Einsehung Papens mit dem Nationalsvialismus getriebene Spiel in neuer Form sortgeseht mit dem Ergebnis, daß der Eintritt der Nationalssvialisten in die Regierung abermals nicht zustande kam. Es ist erschütternd, zu sehen, wie es den maßgebenden Männern nicht gelingt, die Bewegung, ohne die in Deutschland auf die Dauer nicht regiert werden kann, in den Staat einzubauen. Soslange diese brennendste Frage der deutschen Innenpolitik nicht gelöst ist, wird auch

eine starke und zielbewußte Außenpolitik nicht möglich sein, was selbstverständlich seine Rückwirkungen auf die mit dem Herriot-Plan zusammenhängenden Probleme haben wird.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor in der internationalen Politik ist der immer noch nicht gelöste chinesische ja panische Konflikt, der zur eigentlichen Schicksalsfrage des Völkerbundes geworden ist. Die zum Studium der ostasiatischen Verhältnisse eingesetze Lytton-Kommission hat ihren Bericht schon längst erstattet. Er lautet für Japan ungünstig. Der Völkerbund aber ist innerlich zu schwach und zu sehr durch widerstrebende Interessen seiner Hauptmitglieder zerrissen, als daß er aus dem Lytton-Bericht seine Konsequenzen ziehen könnte und zum Handeln käme. Auss neue zeigt sich die Fragwürdigkeit einer Politik, die die Existenzsragen von Völkern am andern Ende der Welt vom grünen Tisch in Genf aus lösen und reinen Machtsragen anders als durch Macht beikommen will.

Alles in allem: Die politische Lage ist so ungeklärt als je. Die Diplomaten rafen von Ronfereng zu Ronfereng, eine Rote jagt die andere. Borichläge zur Lösung ber allmählich unhaltbar werdenden Sparrung tauchen auf und verschwinden, ohne daß sichtbare Fortschritte erzielt werden. Langsam weicht der Glaube aus dem Bewußtsein der Bölker, daß mit den bisherigen politischen Methoden überhaupt noch eine Lösung erzielt werden tonne. Gin Fatalismus greift Plat, ber umfo gefährlicher ift, als unter feiner trügerischen Oberfläche fich elementare Rräfte aufstauen, bie den gewaltsamen Umsturz der herrschenden Ordnung als einzigen Ausweg prebigen. Statt bag in einer Zeit höchster Not gehandelt wird, wird geredet. "Die ganze Welt ist dieser endlosen Konferenzen mude," schrieb fürzlich eine deutsche Beitung, "die nie zu einer wirklichen Rlärung und Aufhellung der über Europa lagernden Finsternis führen und in benen nur die Luge siegt und eine jämmerliche Schaumschlägerei die lebenswichtigsten Fragen sinnlos bin- und berschiebt, ohne dem allgemeinen Berfall einen Damm ber Rechtschaffenheit entgegenzuseben, auf bem neu gebaut werden konnte. Eine ichwere Ronferengmudigkeit ift bas lette Resultat all biefer im Grunde unaufrichtigen und jedenfalls lauen Bemühungen, ein neues, für alle erträgliches, auf gegenseitiger Achtung beruhendes Zusammenleben ber Bolfer einzuleiten. . . Bann wird biefer Jammer ein Ende nehmen?" Er wird bann ein Ende nehmen, so möchten wir antworten, wenn die Bolter Europas sich endlich zur Erkenntnis ihrer Schicksalsgemeinschaft burchgerungen haben. Es muß eine Ordnung der europäischen Berhältnisse geschaffen werden, in der die Lebensberechtigung eines jeden Bolfes anerkannt wird und einem jeden die seiner inneren Kraft und Stärke entsprechende Stellung eingeräumt wird. Man darf sich heute keiner Täuschung darüber mehr hingeben, daß Europa einem ungeheuren Chaos entgegensteuert und binnen wenigen Sahrzehnten seine bereits mankende Geltung in der Welt endgültig verloren haben wird, wenn es nicht in absehbarer Zeit durch eine entscheidende und erlösende Tat gelingt, die Berkrampfung zu lösen. Neue Rriege und schwere innerpolitische Erschütterungen broben die bereits erlahmende Lebenskraft unseres Kontinents vollends zu zerstören. Gine Hoffnung auf Rettung ist nur dann vorhanden, wenn jedes Bolt die Existenzberechtigung und Eigenart aller andern nüchtern und ritterlich anerkennt und darauf verzichtet, wibernaturliche Buftande aufrecht zu erhalten. Nur bann wird vielleicht noch zu retten fein, was heute in höchster Gefahr schwebt: die europäische Kulturidee.

Schaffhausen, ben 27. November 1932.

Rolf Benne.

Aus der rätoromanischen Schweiz.

In einer Zeit, die unter dem schweren Druck der wirtschaftlichen Schwierigsteiten und Notstände seufzt und in welcher Denken und Trachten so allgemein auf die Notwendigkeiten der materiellen Existenz und Fortexistenz gerichtet ist, mag es als gewagt erscheinen, sich mit einer nationalen geistigen Bewegung innerhalb verhältnismäßig engen Grenzmarken wie die der rätoromanischen Schweiz zu besassen. Wenn wir dennoch, der Einsadung der Schriftleitung Folge gebend, die geistigen Bestrebungen der Nätoromanen zusammenfassend zu würdigen suchen, so tun wir dies auch im Bewußtsein, daß zahlreiche hochgesinnte Freunde des Nätoromanen reges Interesse und hohes Verständnis entgegenbringen.

Die rätoromanische Schweiz mit ihrem geistigen und kulturellen Eigendasein erscheint uns in der heutigen zerrissenen und idealarmen Welt mit ihren so selbst-süchtigen Bestrebungen als eine Dase. Da steht ein kleines Bergvolk von rund 40,000 Seelen in krisenschwerer Zeit auf, um sein angestammtes Kulturgut vor den drohenden Gesahren zu schützen und zu retten und es in hingebender Pflege neuer Entsaltung entgegenzusühren.

Das Rätoromanische ist wohl unsere älteste Landessprache. Es genießt jedoch nicht den versassungsmäßigen Schutz und die finanzielle Unterstützung der amtlich anerkannten Landessprachen, sondern muß sich damit begnügen, daß Wohlwollende sie als vierte Landessprachen, sondern muß sich damit begnügen, daß Wohlwollende Gastrecht gewähren. Läßt zwar der Staat seit einem Jahrzehnt ihr auch sinanzielle Hilse angedeihen, so ist und bleibt sie in der Hauptsache doch auf sich selbst angewiesen in ihrem doppelt schweren Daseinskamps. Es mag daher nicht ohne Interesse singabe für die Pflege und Erhaltung seiner über alles geliebten Muttersprache ins Werk sehr und vollbringt.

Waren diese Bestrebungen vor ca. 30—40 Jahren noch vorwiegend Sache sühernder Persönlichkeiten und dann einzelner Bereine, sind sie nun seit der 1919 exsfolgten Gründung der Ligia romontschaft aum planmäßig ausgearbeiteten Programm einer Zentralorganisation sämtlicher Kräfte geworden. Auf dem Bege dieses Zusammenschlusses sind die Kätoromanen zunächst zu einer einheitlichen offiziellen Bertretung nach innen und außen gekommen. Ihr gelang dann eine gesordnete Finanzierung ihrer programmatischen Ziele und Bestrebungen auf dem Bege staatlicher Beihilse, sodaß die unerläßlichen wissenschaftlichen Silsswerke für die Sprache, wie Grammatiken und Wörterbücher, in Angriff genommen werden konnten.

Jahr für Jahr erstattet das leitende Organ der Ligia romontscha an der Hauptversammlung den Delegierten der angeschlossenen Talschaftsorganisationen Bericht über den Stand dieser Arbeiten, über die Verwendung der versügdaren Finanzmittel, nimmt die Tätigkeitsberichte der einzelnen Gliedvereine entgegen und stellt Arbeitsprogramm und Budget zur Diskussion. In der zielbewußten Versolgung ihrer Ziele mußte die LR. jedoch bald die Unzulänglichkeit ihrer Finanzmittel sestsellen. Sie entschloß sich daher zu einem nochmaligen Bittgang zur Mutter Helvetia, die ihr vor ca. zehn Jahren eine Jahressubvention von Fr. 10,000 bewilligt hatte. Sie ließ sich die angemessene Begründung ihres Gesuches angelegen sein. Das Interesse weiter Kreise für Bündens älteste Landessprache ließ sichern Ersolg erwarten. Da meldeten sich die südlichen Nachbaren im Tessin mit einem Unterstützungsgesuch für ihre nationalen Bestrebungen in Bern. Um diese Aktion nicht irgendwie zu beeinträchtigen, stellte die LR. ihr Gesuch in wohlwollender Kücksichtnahme zurück. Die tessinischen Eidgenossen senden im Bundespalast williges Gehör, indem ihnen die verlangten jährlichen 60,000 Franken zugesprochen wurden.

Mit um so mehr Zuversicht leitete der romanische Bund nun lettes Jahr sein Subventionsgesuch nach Bern. Er glaubte mit um so mehr Grund auf die Entsprechung rechnen zu dürsen, als es sich im Tessin, im Gegensatz zur rätoromanischen, nicht um eine in ihrer Existenz bedrohte Sprache handelt. Dann ist zu berücksichtigen, daß der Landessprache des Kantons Tessin die notwendigen Hilfswerke, sowie alle für die italienischsprechende Bevölkerung der Schweiz nötigen Bildungsmittel vollsauf zu Gebote stehen, dieweil das rätoromanische Bolk das Notwendigste im Sinne wissenschaftlicher Ansorderungen erst schaffen muß.

Es war daher für die Romanen eine recht bittere Enttäuschung, als ihnen die Arisis einen Streich spielte und die Antwort aus Bern eine vollständige Absage brachte. Diese wurde immerhin an zuständiger Stelle nicht als desinitiv bezeichnet und nach Möglichkeit ein Zurücktommen in Aussicht gestellt. Mit der Arisis müssen wir ja rechnen. Auf Grund der letztes Jahr erhaltenen Antwort hofft die LR. aber doch wenigstens mit der bisherigen Unterstützung sicher weiter rechnen zu dürsen, um die wissenschaftlichen Hilswerke zu Ende führen zu können. Dieser Auffassung wurde an der Jahresversammlung der LR. vom 27. November vom Präsidentensstuhl aus kräftig Ausdruck verliehen.

Reben diesen wissenschaftlichen Grundlagen wird auf mannigsache Beise am Beiterausbau von Sprache und Literatur gearbeitet. Dem vorjährigen Feriensturs für romanische Lehrer in Rhäzüns folgte diesen Herbst ein solcher methodischer Sprachturs für die Engadiner Lehrer in Zuoz. Er war vom Erziehungsdepartement veranstaltet und von Pros. Dr. R. Vieli organisiert und gesleitet. Beide Kurse sanden sehr guten Anklang und führten erneut zur Erkenntnis der Notwendigkeit gründlicher Ausbildung der romanischen Lehrer in ihrer Mutterssprache. Sie bewiesen auß Neue, daß erst die Wissenschaft und tieses Studium die Schönheiten und hohen idealen Berte der romanischen Sprache uns recht klarzuslegen vermögen. Die Schaffung eines Lehrstuhls für romanisch Bünden mit ganz besonderer Freude begrüßt, zumal ein warmer Freund und hochverdienter Förderer derselben, Dr. Anton Belleman, ein gebürtiger Holländer, mit dieser Prosessur wurde.

Einem vielsach empfundenen Bedürfnis Rechnung tragend, hat sich Prof. Dr. Belleman auch an die Ausarbeitung einer rätoladinischen Grammatik gesmacht. Das Oberland erwartet von Modest Nay eine deutscheromanische Grammatik sür deutsche Freunde ihres Idioms. Für das nächste Jahr rechnet die LR. mit der Drucklegung des literarhistorischen Werkes, "Im Lande der Rätoromanischen Schriftstums. Da das Werk in deutscher Sprache erscheinen wird, erhalten die deutschen Freunde der romanischen Literatur eine willkommene Einführung in dieselbe.

Die rätoromanische Literatur selbst hat in den letzten Jahren neue Bereiches rung ersahren durch die Dichter Gion Cadieli, Gian Fontana und J. Luzzi, denen wir recht beifällig aufgenommene Gedichtsammlungen verdanken. Der romanischen Schulzugend wurden sorgfältig aufgearbeitete Schulbücher in ihrer Muttersprache in die Hand gegeben, die neue Liebe und Begeisterung unter der heranwachsenden Generation wachriesen. Die Sammlung "Tschespet" (die heismatliche Scholle), die mit kundiger und glücklicher Hand von Prof. Dr. Gion Cahannes redigiert wird, brachte dieses Jahr in einem 1. Band die dichterischen Werke des sursilvanischen Dichters Caspar Musth heraus, die begeisterte Aufsnahme fanden. Diese Werke gehören nämlich sprachlich und inhaltlich zum urseigensten und besten der rätoromanischen Literatur. Musth (1841—1906) war ein Mann von genialer Begabung und umfassender Bildung und galt als der beste Kenner der Bündner Geschichte, sowie der romanischen Sprache und Literatur.

Dies einige Proben der bedeutenden Geistesarbeit eines kleinen Volkes mährend eines kurzen Jahres im Dienste nationaler Ideale. Sie scheint uns Gewähr zu bieten für eine hoffnungsvolle Weiterentwicklung und Selbstbehauptung.

Seewis-Ilanz.

Josef Demont.

Um eine wehrhafte Schweiz.

Um 13. November verhandelte im Großratsjaal der Waadt in Laujanne die 5. freisinnige Atademikertagung über "Schweizerische Wehrhaftigteit und Abruftung". Zwei kurze Referate bildeten die Ginleitung zu einer besonders von der jungen Generation rege benutten Aussprache. Das Ergebnis war zwiespältig. Auf ber einen Seite standen entschiedene Befürworter der Behrhaftigfeit, sprachen von der Notwendigkeit, den Wehrwillen im Schweizervolk wach zu halten und verlangten ben Ausbau unserer Landesverteidigung. Auf der andern Scite außerten fich nicht Wegner unferer Landesverteidigung, aber eifrige Befürwörter aller internationalen Abrüstungsbestrebungen, denen militärische Landes= verteidigung nur noch als notwendiges übel erscheint. Der Zwiespalt dieser beiden Einstellungen trat nicht icharf in Erscheinung. Den meisten Teilnehmern gelang es, beide Forderungen unter einen hut zu vereinen: Landesverteidigung und Abruftungsbestrebungen. Dementsprechend fiel auch die Resolution aus und das Ergebnis der Berhandlungen eines langen Bormittages ist die gleiche Zwiespältigkeit in diesen Fragen, die auch für den offiziellen Partei-Freisinn bezeichnend ift. Man hat für beide Forderungen ein offenes Ohr, jagt nach beiden Seiten zu. Man ift für die Landesverteidigung, aber auch für Abruftungsbestrebungen. Man ist für die Abrüftung, aber unter Borbehalt der Landesverteidigung. Man hat gottlob zwei Juge und leistet sich beshalb ben Luxus, mit jedem Jug in einem andern Lager zu stehen, weil man es beileibe nicht mit der einen oder andern Gruppe verberben will. Zwei Seelen wohnen in ber meiten Bruft bes Freifinns, zwei Seelen auch in der Bruft freisinniger Akademikerichaft.

Not getan hatte eine eindeutige und entichiedene Stellungnahme. Und zwar nicht für die Abruftung. Denn Abruftung geht die Schweiz direkt nichts an, weil unsere Urmee nach dem Urteil maßgebender Abrüftungsfreunde das Mufter einer abgerüfteten Urmee darftellt. Benn uns vielleicht eine fommende Beeresorganisation eine fleinere Zahl von Bataillonen und ähnliches bringen sollte, so werden solche Magnahmen doch nicht den Charafter einer Abrüftung tragen, sondern lediglich eine durch militärische Gesichtspunkte diktierte Umorganisation unserer Landesverteis bigung. Indirett könnte uns die Abruftung wohl interessieren, weil wir eine allfällige Abruftung unferer Nachbarn begrußen mußten. Im übrigen aber find alle Bestrebungen nach Abrustung oder Rustungsbeschränkung eine Angelegenheit der Großmächte, und die machen bekanntlich, was fie wollen. Die kleinen Staaten burfen wohl aus Courtoifie und weil es fich so besser macht vor ber Welt, mitipielen in dem großen Theater, aber allerhöchstens als beitragspflichtige Statiften. Argend eine entscheidende Rolle ift ihnen nicht zugedacht und können sie sich auch nicht anmaßen. Wenn man tropbem immer wieder eine aftibere Rolle ber Schweig im Genfer Komödienhaus verlangt, so geschieht das aus einer selbstgefälligen überschähung unseres internationalen Ginflusses und aus einer Berkennung des mahren Charafters der Genfer Konferenz. Man erreicht mit solchen platonischen Forderungen feine Forderung der Abruftungs- und Friedensbestrebungen, sondern einzig und allein eine unheilvolle Berwirrung der Beifter in unferm Bolte. Denn alle bie unermublich genährten Hoffnungen auf ein greifbares Resultat ber Abruftungskonferenz und ähnlicher Bestrebungen wirken auf die kritiklose Masse wie Opium. Sie schläfern ein und gaukeln im Dämmerzustand die schönen Trugbilber eines

ewigen Friedens vor. Und nur allzugerne gibt man sich diesen Trugbilbern hin, nährt sie durch weitere Betäubungsmittel und will nicht erkennen, daß in Genf nur ein Markten und Feilschen stattsindet, während schon drohende Wolken ein komsmendes Gewitter verkünden. Man vergißt ob den schönen Träumen das Gebot der Stunde: Wehrhaftigkeit. Unser Land kann einen kommenden Sturm nur bestehen, wenn es seine Hoffnungen nicht auf Andere setzt, sondern sich auf sich selbst und seine eigene Stärke besinnt. Unser Volk muß wieder bedingungslos die Wehrshaftigkeit bejahen. Es genügt nicht, daß in der Stunde der Gesahr alle zusammensstehen. Mit Morgensternen und Dreschslegeln sührt man keine Kriege mehr. Jetzt, in Friedenszeiten schon, muß sich unser Volk zur Wehrhaftigkeit bekennen und muß seine Landesverteidigung so gestalten, wie dies einsichtige Führer verlangen.

Deshalb hätte gerade die freisinnige Afademikerschaft die Pflicht gehabt, all die Lauen, die Kompromißler, die Eingeschläferten aufzurütteln, in ihnen den Wehrswillen wieder zu wecken und zu stärken. Sie hat dies versäumt und statt dessen ihrer so verheißungsvoll beginnenden Resolution selbst eine Dosis Opium beisgegeben. Statt der Beschränkung auf das eine dringend Notwendige, fordert sie beides — und erreicht nichts.

Gottfried Beugin.

Unfreundliche Haltung.

Durch nichts verrät sich, wer seiner Sache ungewiß ist, mehr als durch die Art, wie er auf Aritik antwortet. Entweder antwortet er gar nicht. Das ist die bequemste Art der Antwort. Sie bewährt sich aber nur solange, als nicht, durch die Aritik geweckt, immer weitere Areise von Mißtrauen ersaßt, dem Aritisierten das Stillschweigen als Schwäche und als Eingeständnis der Richtigkeit der Aritik auslegen. Oder er antwortet auf die Aritik, geht aber dabei nicht auf deren Inshalt ein, sondern lenkt den Leser auf etwas ab, was mit dem Gegenstand der Aritik nichts zu tun hat. So oder so schweidet sich der Aritisierte auf die Dauer aber inseigene Fleisch. Je mehr er sich einem ernsthaften Eingehen auf die Aritik und ihrer sachlichen Widerlegung entzieht, desto mehr werden seine Anhänger oder Leser an der Güte seiner Sache irr. Nur wer wirklich auf falscher Bahn wandelt, schent das her Aritik und sachliche Auseinandersehung mit ihr.

Die "Neue Burcher Zeitung" fpricht in ihrem zweiten, unserer Zeitschrift gewidmeten Artitel vom 16. November von einer "höchst unfreundlichen haltung" der Monatshefte "gegenüber ber freisinnig-demokratischen Bartei ber Schweiz". Alfo auf all das, mas unfere Zeitschrift, und im besonderen ber Schreibende, mährend nunmehr elfeinhalb Jahren in vielen Auffähen, in zahllosen Monatsberichten und Randbemerkungen an den bestehenden staatspolitischen Berhältnissen unseres Landes und babei naturnotwendig auch an berjenigen Partei, aus beren Lager ber Schreibende und die Monatshefte zur Sauptfache herkommen, ausgesett, gerügt, gebrandmarkt und gegeißelt haben, antwortet die "Neue Zürcher Zeitung" mit einem: "unfreundliche Haltung gegenüber der freisinnig-demokratischen Partei". Man denkt unwillfürlich an Borte, die Bundesrat Meher am diesjährigen Uftertag gesprochen hat: "Es ist gegenwärtig eine Weltmode, das Parlament zu kritisieren." Aus reiner Modesucht fritisiert gegenwärtig die ganze Welt die Einrichtung des liberalen Parlaments und niemals etwa, weil biese Einrichtung ben 3wed, zu bem fie geschaffen wurde, nicht mehr erfüllt. Und genau fo die Rritit an ber gegenwärtigen Ordnung ber politischen Dinge: sie ift einfach eine "unfreundliche haltung" gegenüber bem Bestehenden und niemals etwa ein Bect- und Warnruf, daß dieses Bestehende, und mit ihm die freisinnigsdemokratische Partei, der Aufgabe, die unser Land und Bolk an fie stellen, nicht gewachsen finb.

Bu ben Gegenständen unserer Kritik hat von jeher auch eine unzweckbienliche Unterrichtung unserer Offentlichkeit über die politischen Borgänge des Auslandes durch einen Teil unserer Presse gehört. Im Oktoberheft dieses Jahres hatten wir beispielsweise in einem "Nachrus" der "Neuen Zürcher Zeitung" vorgeworsen, daß ihre Unterrichtung über das politische Geschehen in Deutschland in den letzten Jahren ungenügend gewesen sei, weil ihr Berliner J. Herichterstatter infolge seiner "Bolksfremdheit" zu den "durch Geschichte und gegenwärtige Lage der schweizerischen Innen- und Außenpolitik gestellten Forderungen wohl nie ein Berhältnis gehabt" habe. Die "Neue Zürcher Zeitung" antwortete darauf in ihrem Abendblatt vom 4. Oktober unter anderem wie folgt: "Wer einen so schweren Borwurf erhebt, muß zum mindesten etwelche Aktivlegitimation hierzu besitzen. Wenn der Leiter der Moenatschefte die genealogischen Betrachtungen auf seinen eigenen Kasus ausdehnte, so müßte er ohne weiteres zugeben, daß er nicht qualifiziert ist, Urteile über das Urschweizertum anderer Schweizerbürger zu fällen."

Bir haben uns redlich bemüht, den bunflen Sinn biefer Borte zu ergründen. Bas wir mit der Bezeichnung "Bolksfremdheit" meinten, ist von der "Neuen Zürcher Beitung" ficherlich richtig verstanden worden. Gine Ausbehnung biefer "genealogi= schen Betrachtung" über "Bolksfremdheit" auf unsern "eigenen Kasus" kommt aber, wir können es ber "Neuen Burcher Zeitung" versichern, wirklich nicht in Frage. Worin besteht also denn nach der "Neuen Zürcher Zeitung" unsere mangelnde "Aktivlegitimation" und "Nichtqualifikation"? Da wir selbstverständlich nicht annehmen, daß ein so gebildetes Blatt wie die "Neue Zürcher Zeitung" eine ihr unbequeme Gegnerschaft vor ihren Lesern bewußt durch falsche Behauptungen in ein ungunftiges Licht zu fegen versuche, bleibt uns nur die eine Erklärung: Berrn Direktor Rietmann - geben wir fehl, wenn wir ihn, da bas Blatt trot eifrigster und langdauernder Bemühungen noch heute feinen nach außen repräsentativen Chefredaktor besitt, als Berfasser ansehen? - herrn Rietmann also ist das gleiche Miggeschick passiert, wie vor vierzehn Jahren seinem Kollegen Herrn Fueter. Als wir damals unfern ersten Straug mit ber "Neuen Burcher Zeitung" ausfochten und Aritik an ihrer in verschiedenerlei Sinsicht eigentümlichen Haltung übten, beruhte das einzige Argument, das Herr Fueter gegen unsere Aritik ins Feld zu führen wußte, auf einer - falschen Information! Berr Fueter bestritt uns die Aftivlegitimation und Qualififation zu unserer Rritit, weil wir ein erst mahrend bes Arieges eingekaufter Sohn des deutschen Missionars Dehler in Basel seien. Herr Rietmann hatte allerdings Gelegenheit gehabt, unfere damals umgehend in ber "Neuen Zürcher Zeitung" erschienene Richtigstellung zu lefen, wonach wir nicht aus Bajel, sondern aus Aarau stammen und wonach unsere Familie in der fünften Generation (feit 130 Jahren) bas Schweizerburgerrecht besitt. Sätte er bas getan, bann mußte er fich heute nicht vorhalten laffen, daß er einer Antwort auf einen fehr konkret gegen sein Blatt und die hinter diesem stehende Partei gerichteten Borwurf auszuweichen versucht hat durch eine Ablenkung, die ihrerseits, weil ihr Urheber ben entsprechenden Sachverhalt hätte miffen können und muffen, eher einer leichtfertigen und liederlichen, als einer ernst- und gewissenhaften Journalistit gleich sieht.

Um aber noch einmal auf unsern Borwurf der teilweise "volksfremben" Ausslandsberichterstattung der "Neuen Zürcher Zeitung" zurückzukommen: die Schweiz kennt zur Zeit keine öffentlich erörterte Judenfrage. Das in der Schweiz alteinsgesessene Judentum erfreut sich allgemeiner Achtung und ist der gleichen Rechte und Pflichten teilhaftig, wie alle andern Schweizerbürger. Mit einer Ausnahme vielsleicht: daß in unserm von unten her aufgebauten und daher in der Führerwahl streng filtrierenden Bolksstaat volksfremde Elemente bisher selbsttätig durch die Bolksmeinung von Stellen des öffentlichen Lebens ferngehalten wurden. In neuerer Zeit allerdings sind Ansäte zu einem Abgehen von diesem ungeschriebenen Bolksgeset vorhanden; so in gewissen Parteiorganisationen oder andern Bereinigungen

politischen Charafters, besonders aber in der für die Bildung der öffentlichen Meinung so wichtigen Preise. Über den langjährigen füddeutschen =3.=Berichterstatter ber "Meuen Burcher Zeitung", der feit dem Ausscheiden von Berrn J. S. den Berliner Posten des Blattes versieht, gibt beispielsweise das "Schweizerische Zeitgenoffenlexiton" u. a. folgende Austunft: "Geboren in Mostau-Rugland, Burgerort Zürich; studierte am Chmnasium in Berlin, später an der Universität Seidelberg, Frankfurt und Berlin. . . Ständiger Mitarbeiter der "Neuen Burcher Zeitung" und der "National-Zeitung"=Bajel. Zweifellos hat herr =3. Mostau nicht wegen seines Ur-Russentums mit dem "Bürgerort" Burich vertauscht! Anderseits vermögen wir in diefer zufälligen gurcherischen "Burgerörtlichkeit" feine Aftiv= legitimation und Qualififation für einen Berichterstatterposten zu sehen, deffen Aufgabe ohne engfte Bertrautheit mit Geschichte und gegenwärtiger Lage unseres Landes nun einmal nicht zu erfüllen ift. Wir möchten also noch einmal, ob nun Mangel an geeignetem eigenem Nachwuchs ober anderes die Schuld trägt, mit aller Eindringlichkeit warnen: es ist eine Zerfallserscheinung und bedeutet für die Dr= ganisationsform einer bestimmten Bolksschicht ben endgültigen Niedergang, wenn die eigenen Posten oder die Posten ber eigenen Organe nicht mehr mit Kräften, die dem eigenen Bolf entnommen sind, besetzt werden können oder wollen!

Bürich, den 3. Dezember 1932.

hans Dehler.

Kultur-und Zeitfragen

Preise für noble Leute.

Im Frühjahr 1914 protestierte der schwedische Ingenieur und Erfinder Leonad Hwaß, einer der letten, (damals) noch lebenden Testamentszeugen Nobels, in der "Boche" gegen die übliche Verteilung der Robelpreise, die er unzweifelhaft wohl= meinend, unzweifelhaft aber auch nicht im Sinne bes Stifters nannte. Nobel, der stille und seindenkende germanische Aristokrat, war durch und durch eine s o z i a l= ökonomische Natur, er wollte auf große ideale Ziele gerichteten Geistern, Dichtern und Erfindern nuben, indem er in bas gehemmte, ringende und gang gu stoden brobende Dasein solcher begnadeter Männer gewissermagen einen finanziellen Motor einstellte zu ihrer Arbeitserleichterung. Niemals habe er an einen "Ehrenpreis" gedacht, und nun gar an einen für reiche Leute, immer an einen Förderungspreis. Die Ehrungs-Richtung muß unbedingt verlassen und dafür eine ökonomische Fürsorgerichtung eingeschlagen werden. Nobelpreise sollen feine Chrenpreise noch Beteranendentmungen, sondern Arbeitsmotoren am Bohl der Menschheit sein. Hwaß sprach von der Okonomie des Geistes und hoffte, daß alle seine Landsleute gleich ihm bestrebt sein werden, Robels Willen nach seinen eigenen Bünschen und Absichten zu erfüllen, wenn sie ihnen wie jest nachdrücklich und vertrauenswürdig dargelegt sind.

Das war vor 18 Jahren.

Soweit Literaturpreise verliehen wurden, waren es durch die Bank "Chrenspreise und Beteranendenkmünzen für reiche Leute". Oder hatte Galsworthy für sein vom Stocken bedrohtes Dasein einen finanziellen Motor nötig —?